

**Öffentliche Niederschrift
Sitzung des Umweltausschusses**

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.09.2024
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:58 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Dr. Jörg Schröder-Tebbe SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Holger Ingendoh	CDU	
Frank Bandel	CDU	
Chris Höppner	CDU	Vertretung für: Karin Dubbert
Eugen Lenz	CDU	
Andreas Völker	CDU	
Bürgermeister Manfred Flore	SPD	
Dr. Silke Jacobs	SPD	
Thorsten Kamps	SPD	
Maximilian Janetzki	SPD	Vertretung für: Manuel Otto Prohl
Dagmar Heitmann	SPD	Vertretung für: Bülent Sahin
Norbert Axt	DIE GRÜNEN	
Ulrich Lütke	BOB im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Tim Heinzen	DIE GRÜNEN	
Albin Bajric	CDU	
Dominik Sporkmann	CDU	
René Pascheberg	SPD	
Ralf Schindelasch	DIE GRÜNEN	
Florian Schröder	AfD	
Lion Rudi	Linke.Liste	
Christopher Schenk	FDP	Vertretung für: Maximilian Baum

Verwaltung

Beigeordneter Michael Jehn	Dezernat 4
Beigeordneter Dr. Thomas Palotz	Dezernat 5
Markus Werntgen-Orman	Bereichsleitung 2-2

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Karin Dubbert	CDU	Entschuldigt
Manuel Otto Prohl	SPD	Entschuldigt
Bülent Sahin	SPD	Entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Maximilian Baum	FDP im Rat	Entschuldigt
-----------------	------------	--------------

hinzugewählte Personen

Christian Ejodamen	IR	Entschuldigt
--------------------	----	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Integriertes energetisches Quartierskonzept Schmachtendorf	M/17/5644
2	Start der kommunalen Wärmeplanung – Präsentation von PD und EVO	M/17/5568
3	Vorstellung der Entwurfsplanung Umbau Bahnhofstraße Sterkrade - mündlicher Bericht -	M/17/5689
4	“Hitzeschutz“ – ein Überblick über die Tätigkeiten des Bereiches Gesundheit	M/17/5591
5	Sachstandsbericht zum Projekt "Einführung HVO-Kraftstoff bei der Feuerwehr Oberhausen".	M/17/5598
6	2. Änderungssatzung zur Rettungsdienstsatzung vom 23.06.2015.	B/17/5535
7	Fortführung der mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Bürger-Energieberatung der Verbraucherzentrale in Oberhausen durch städtischen Eigenanteil	B/17/5662
8	Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zum aktuellen Zustand des Ruhrdeichs sowie zu geplanten Maßnahmen, um die Sicherheit und Schutzfunktion des Bauwerks zu gewährleisten.	A/17/5693
9	Antrag der Die Linke. Liste Fraktion im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: StVO-Novelle nutzen. Verkehrswende voranbringen	
9.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Die Linke. Liste Fraktion im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: StVO-Novelle nutzen. Verkehrswende voranbringen Antrag zur Vorlage A/17/5624	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende, Herr Dr. Jörg Schröer-Tebbe, eröffnet die 25. Sitzung des Umweltausschusses um 15:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter/innen der Verwaltung, die Vertreter der Presse und die Gäste.

Der Vorsitzende erinnert an die Ereignisse des 11. September 2001. Er berichtet von eigenen Erfahrungen im umliegenden Bereich des Terroranschlages und nennt einige Daten und Fakten hierzu. Er erinnert daran, dass das Thema Terror auch heute noch immer aktuell ist und bittet den Ausschuss um Gedenken der Opfer.

Anschließend stellt der Vorsitzende fest: Die Einladungen zur Sitzung sind form- und fristgerecht zugegangen und Herr Dr. Schröer-Tebbe stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur aktuellen Tagesordnung.

**1 Integriertes energetisches Quartierskonzept Schmachtendorf
 M/17/5644**

Herr Buchner hält einen Vortrag.

Herr Flore lobt die Beratung der Bürger. Er berichtet, dass viele Menschen in diesem Wohngebiet über eine Erdgasheizung verfügen und lt. Sanitärbetriebe diese Heizungen nun auf neue Techniken umgestellt werden. Er prognostiziert eine exorbitante Steigerung der Erdgaspreise. Dies schafft Unsicherheiten in der Bevölkerung. Auch deshalb lobt er die Beratung, auch wenn diese ebenfalls noch keine konkreten Aussagen tätigen kann. Um den Menschen die Unsicherheit zu nehmen, sieht er die kommunale Wärmeplanung als sehr wichtig an. Er sieht, dass die Beratung hierdurch zielgerichteter durchgeführt werden kann. Herr Flore fragt die Verwaltung nach einem Zwischenstand bei der Planung.

Herr Dr. Palotz verweist auf TOP Ö2 der heutigen Tagesordnung.

Herr Buchner vermutet ebenfalls eine Steigerung der Gaspreise und unterstützt die Entscheidung, zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Gasheizung einzubauen, nicht.

Herr Bandel dankt für den Vortrag. Die CDU hat das Projekt InnovationCity bereits im Zusammenhang mit dem Stadion Bottrop und in Osterfeld mit großem Interesse betrachtet. Er hat im Vorfeld nicht erwartet, dass dort weniger als 10% der Gebäude jünger als 30 Jahre sind. Bei einem Privateigentümeranteil von etwa 84% sieht er gute Voraussetzungen für Investitionen und Potenzial für positive Veränderungen.

Herr Bandel hebt hervor, dass ein Drittel der befragten keine Notwendigkeit sehen, entsprechende Investitionen zu tätigen. Hieraus schließt er, dass zwei Drittel der Befragten möglicherweise investieren.

Herr Buchner ergänzt, dass für jeden Euro, der aus öffentlichen Mitteln entnommen wird, in der Regel sechs bis sieben Euro private Investitionen folgen. Das ist aus seiner Sicht sehr erfreulich.

Herr Rudi dankt für den Vortrag. Er fragt, ob bereits bekannt sei, durch welchen Energieträger das Wärmenetz gespeist werden kann.

Herr Buchner gibt an, dass hierzu noch keine Informationen vorliegen. Es wurden zunächst die Wirtschaftlichkeit und das Potenzial des Wärmenetzes ermittelt. Diese Ermittlung ergab, dass der Energiebedarf sehr hoch ist.

Es wurden bei der Prüfung, laut Herrn Rudi, unterschiedliche Szenarien mit unterschiedlichen Sanierungsraten betrachtet. Er erkundigt sich nach der Zielsetzung im Laufe des Projekts.

Herr Buchner gibt an, dass die Sanierungsrate in einem Quartier in der Regel ohne entsprechendes Sanierungsmanagement um etwa 1% pro Jahr liegt. Mit einem Sanierungsmanagement kann diese Rate auf ungefähr 3% bis 5% gesteigert werden.

Herr Dobnik lobt das Programm. Er hebt die Komplexität des Themas hervor und sieht die Beratung als entscheidend. Durch wiederholte Änderungen und Wachstum des gesamten Themenfeldes haben sogar Berater teils Schwierigkeiten, den aktuellen Stand zu halten. Die Menschen erhalten durch das Programm eine Beratungssicherheit. Er hält es für möglich, die Zielquote anzuheben um größere Erfolge erzielen zu können.

Fraglich ist für Herrn Dobnik, ob das Netzpotenzial unter den jetzigen Voraussetzungen geprüft wurde, ob auch zukünftige Umstände, nach den Gebäudesanierungen bedacht wurden.

Laut Herrn Buchner wurden beide Szenarien überprüft.

Herr Schröer dankt für den Vortrag. Für ihn ist fraglich, wie hoch das Gewicht einer Schmachtdorfer Plattenbausiedlung in der Statistik ist.

Herr Buchner reicht diese Information nach.

Laut Herrn Axt wird in den nächsten Jahren im Bereich der Uhlandstraße / Oranienstraße der Kanal saniert. Dort ist ein Wärmenetz möglich. Er weist darauf hin, dass diese Baumaßnahme ebenfalls bedacht werden sollte, wenn die entsprechenden Baustellen sowieso bereits existieren. Er möchte hiermit, im Interesse der Anwohnenden, vermieden sehen, dass die Straßen zwei Mal geöffnet werden müssen.

Herr Ingendoh berichtet aus seiner Tätigkeit als Immobilienverwalter, dass er viel Zeit damit verbringt, die Leute zu beruhigen. Er sagt, dass aus den Ergebnissen der aktuellen Bundesregierung unbeabsichtigt eine Panik der Leute ausgelöst wurde und rät, funktionierende Ölheizungen diese noch nicht zu erneuern, sondern die kommunale Wärmeplanung abzuwarten. Er verweist dabei auf die entsprechende Beratung. Herr Ingendoh möchte damit erreichen, dass Sanierungen zielgerichtet und nicht sinnfrei durchgeführt werden.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5644 zur Kenntnis.

2 Start der kommunalen Wärmeplanung – Präsentation von PD und EVO M/17/5568

Herr Engel von der evo und Frau Gottschalk von PD halten Vortrag in Form einer Power-Point-Präsentation.

Der Vorsitzende dankt für den Vortrag.

Herr Rudi erkundigt sich mit Blick auf das Wärmeplanungsgesetz, ob es einen Austausch mit den angrenzenden Städten Duisburg und Essen stattfindet. Des Weiteren möchte er wissen, ob es bereits einen Zeitpunkt, zu dem die Planungen abgeschlossen und die Bürgerbeteiligung beginnt gibt.

Ein ständiger Austausch findet laut Herrn Engel statt. Hierbei werden insbesondere in den Randgebieten Potenziale geprüft. Vor zwei Wochen wurde eine Bestandspotenzialanalyse durchgeführt. nach jetzigem Stand ist beabsichtigt die erste Planung bis Ende 2024 / Anfang 2025 abzuschließen.

Herr Schröer erinnert sich, dass in einer Sitzung vor einiger Zeit ein EVO-Mitarbeiter von Geothermie gesprochen hat. Fraglich ist für ihn, ob dies ebenfalls in den Planungen berücksichtigt wird.

Die bejaht Herr Engel. Es werden mehrere erneuerbare Quellen geprüft und Geothermie ist ein Teil hiervon.

Herr Dobnik dankt für den Vortrag und erkundigt sich nach den Erfahrungen des Herrn Engel, wann die konkrete Wärmeplanung vorliegen wird.

Laut gesetzlichen Bestimmungen ist laut Herrn Engel der 30.06.2026 als Ziel vorgegeben. Hier wird dies allerdings deutlich schneller gehen. Unter Berücksichtigung, dass das Konzept in verschiedenen Gremien der Stadt Oberhausen thematisiert wird, soll es Anfang 2026 abgeschlossen sein. Redaktionelle Bearbeitungen und kurzfristige Änderungen durch ergänzenden Input von verschiedenen Seiten müssen bedacht werden. Er hebt seine letzten Aussagen bzgl. Ende 2024 / Anfang 2025 hervor. Eine Konkretisierung folgt, sobald dies möglich ist.

Herr Flore sieht die Gefahr, dass je länger die Zeit der Unsicherheit andauert, desto mehr Fehler in Bezug auf Finanzen und die Umwelt von vielen Leuten gemacht werden. Er legt Wert darauf, dass die klar formulierten Zielszenarien frühzeitig vorliegen, damit die Einwohnenden verlässlichere Entscheidungen treffen können. Herr Flore hakt nach, wann Einwohnende die ungefähre Richtung mit Blick auf beispielsweise Fernwärme oder Blockheizung einsehen können.

Frau Gottschalk gibt an, dass dies momentan schwer zu beantworten ist und verweist auf die Ausführungen des Herrn Engel.

Anfang 2026 soll ein verbindlicher Maßnahmenplan vorliegen. Sie eröffnet rhetorisch die Frage, ob die Zielszenarien schnell und damit zu Lasten der Finanzen der Einwohnenden oder politisch und sozialverträglich formuliert werden sollen. Auf der entsprechenden Webseite gibt es zukünftig die Möglichkeiten Fragen zu stellen und Antworten zu finden. Sie warnt davor unvollständige Ergebnisse zu veröffentlichen, da diese die angesprochene Unsicherheit in der Bevölkerung weiter verstärken könnten.

Herr Engel ergänzt, dass die Gesetzgebung des Landes momentan stattfindet. Auch aus diesem Grund können weitere Anpassungen stattfinden. Einwohnende können bereits in der Bürgerbeteiligung und davor reagieren. Hierzu wird der aktuelle Stand immer wieder veröffentlicht. Sowohl dies, als auch die kommenden Gesetzesanforderungen werden bedacht.

Herr Rudi hebt nochmals die Verunsicherung der Menschen hervor. Er betont, dass einige neue Gasheizungen oder mit Wasserstoff betriebene Technik kaufen. Er schränkt ein, dass Wasserstoff eher in der Industrie benötigt wird und berichtet von einem Rechtsgutachten, aus dem hervorgeht, dass Wasserstoffnetze aus der Eignungsprüfung vorerst ausgeschlossen werden sollten, solange kein Transformationsplan des Gasnetzes vorliegt. Herr Rudi erkundigt sich, ob diese Thematik bereits Thema in der Planung war.

Herr Engel kann diesbezüglich, zum jetzigen Stand der Planung, noch keine verlässlichen Auskünfte geben.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5568 zur Kenntnis.

Herr Molt und Frau Hoff, als beauftragte externe Planer halten einen Vortrag mittels Power-Point-Präsentation.

Der Vorsitzende dankt für den Vortrag.

Herr Flore sieht die Maßnahme als großen Glücksfall für Sterkrade. Die Straße müsste aufgrund der Kanalerneuerung auf jeden Fall geöffnet werden. Er sieht jedoch auch, dass die Sorgen der Gewerbetreibenden aufgrund der längeren Bauzeit groß sind. Die Vorteile einer Erneuerung sind allerdings aus seiner Sicht nicht nutzbar, wenn die Umstände einer Baustelle nicht durchgestanden werden. Den Wünschen der Menschen entsprechend werden nun mehr Pflanzen, neue Möbel und mehr Wasserflächen zur Kühlung des lokalen Klimas geschaffen.

Nachteilig sind laut Herrn Flore neben der langen Bauzeit und ein höherer Erhaltungsaufwand für die WBO. Dennoch hat es das Geschäftszentrum der Sterkrader Innenstadt verdient, diese Neugestaltung zu schaffen.

Herr Flore freut und bedankt sich darüber hinaus über die bis jetzt außerordentlich gute Bürgerbeteiligung.

Herr Bandel stimmt den positiven Auswirkungen auf Sterkrade zu. Er kritisiert allerdings, dass es laut einem Ratsbeschluss bei allen Baumaßnahmen versickerungsfähiges Pflaster verwendet werden muss. Der Wunsch von vereinzelt Geschäftstreibenden sollte diesen Beschluss nicht aushebeln. Darüber hinaus wurde die Verwaltung gebeten, einen Stein zu entwickeln, der für die hiesigen Umstände passt. Es ist laut Herrn Bandel nicht zur Umsetzung gekommen. Die nicht-Umsetzung des Ratsbeschlusses steht für ihn nicht zur Debatte. Für ihn ist unter anderem die Sicherheit vor Überschwemmungen ein weiterer Grund, den Beschluss zu befolgen. Er denkt dabei an möglicherweise steigender Menge von Regenwasser und sieht die Chance schon jetzt vorzubeugen, indem der Boden eine noch höhere Menge Wasser aufnehmen könnte, als dies zur Zeit der Fall ist. Als Beispiel führt Herr Bandel zehn bis 15 Liter pro Quadratmeter an. Dies ist auf die gesamte Fläche der Bahnhofstraße hochgerechnet eine hohe Menge.

Grundsätzlich sieht er allerdings auch viel Positives an der gesamten Maßnahme.

Frau Hoff führt die Sterkrader Kirmes als Sonderfaktor an. Der Bereich Tiefbau hat in diesem Zusammenhang angegeben, dass von dort kein sickerfähiges Pflaster gewünscht wird. Oberflächliches Wasser wird auch ohne sickerfähiges Pflaster in den Boden abgeleitet.

Herr Werntgen-Orman sichert eine sehr genaue inhaltliche Möglichkeitsprüfung zu. Aus seiner Sicht hat nicht nur der Bereich Tiefbau, sondern mehrere Stellen, unter anderem bei der Straßenreinigung Probleme erkannt. Das Ergebnis dieser Prüfung soll dem Umweltausschuss vorgelegt werden. Sollten alternativen nicht in Frage kommen, wird auf versickerungsfähiges Pflaster ausgewichen.

Herr Lütte verweist auf die Ausführungen des Herrn Bandel bzgl. des Ratsbeschlusses. Außerdem ist für ihn fraglich, ob es zulässig ist, das Wasser von einer Seite der Bahnhofstraße über den Fußweg in den begrünten Bereich ablaufen zu lassen. Er denkt auch an kommende kalte Winter. Fraglich ist für Herrn Lütte auch, wer bei Vereisungen zuständig und haftbar ist.

Herr Werntgen-Orman bestätigt die Zulässigkeit und räumt ein, dass eine Winterregelung noch gefunden werden muss. Zu betonen ist allerdings, dass die Fördermaßnahmen nur 100% gefördert werden, wenn das Wasser oberflächlich abläuft. Aus diesem Grund wurde die Maßnahme so geplant.

Zwei Fallrohre wurden bereits provisorisch abgekoppelt. Diese Testphase ergab bisher, trotz starkem Regen, keine neue Problematik. Außerdem betont Herr Werntgen-Orman, dass es sich hier um sehr kurze Abschnitte handelt, in denen das Wasser oberirdisch abgeleitet wird.

Herr Lenz fragt, ob sich die Abwassergebühren für die Eigentümer verringern, wenn Wasser von den Dächern der Gebäude zum Versickern abgeführt wird.

Herr Molt verneint dies. Laut Entwässerungssatzung gibt es einen Anschluss- und Benutzungszwang. Hierdurch sollen Baukosten von Kanälen refinanziert werden. In der Vergangenheit konnten in entsiegelten Gegenden Anträge auf Befreiung gestellt werden. Dies hält er für die Zukunft für möglich.

Mittlerweile ist es, im Gegensatz zu früheren Zeiten, möglich nachzuvollziehen, dass die Regenmenge zugenommen hat. Die Konzepte werden entsprechend angepasst.

Herr Werntgen-Orman stellt klar, dass es sich hier nicht um eine gebührenrelevante Abkoppelung handelt. Er beschreibt dies als öffentliche Wasserentsorgung. Es werden keine Gebühren eingespart, aber es fällt für die Anwohnenden auch kein Unterhaltungsaufwand an. Entwässerungsgebühren können durch die Versickerung über eigene Flächen hinter dem Haus gespart werden. Sobald städtische Systeme genutzt werden, bleibt die Gebührenpflicht bestehen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5689 zur Kenntnis.

**4 “Hitzeschutz“ – ein Überblick über die Tätigkeiten des Bereiches Gesundheit
M/17/5591**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5591 zur Kenntnis.

**5 Sachstandsbericht zum Projekt "Einführung HVO-Kraftstoff bei der Feuerwehr Oberhausen".
M/17/5598**

Herr Rudi erkundigt sich, ob neben dem HVO-Kraftstoff auch elektrische Alternativen bedacht wurden.

Herr Jehn führt an, dass durch die HVO-Nutzung nicht die bisherige Kraftstoffart aufgegeben wird. Es müssen keine Fahrzeuge umgerüstet werden. NEF mit Elektrobetrieb werden bereits eingesetzt. Bei RTWs und KTWs ist eine Testphase möglich. Im Übrigen wird hauptsächlich Diesel genutzt.

Herr Bandel bezeichnet die Vorlage als hervorragend und bedankt sich für eine gute und schnelle Reaktion. Die CDU hat sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass dieser Kraftstoff öfter angewandt wird. Für ihn ist es ein großer Vorteil, dass bestehende Fahrzeuge weiter genutzt werden können. Weiternutzung ist aus seiner Sicht in vielen Bereichen Nachhaltiger, als funktionierende Gegenstände zu entsorgen und durch neue zu ersetzen.

Mit über 90% CO₂-Einsparung ist HVO aus seiner Sicht ein guter Weg eine schnelle Einsparung zu erreichen. Wenn eine Neuanschaffung der Fahrzeuge dringend notwendig wird, kann über Elektrofahrzeuge nachgedacht werden.

Herr Bandel gibt an, dass es in Oberhausen auf jeden Fall eine, vielleicht zwei Tankstellen gibt, an der auch Privatpersonen diesen Kraftstoff tanken können. Er räumt zwar ein, dass dieser Treibstoff etwas teurer ist, als herkömmlicher Diesel, aber es sollte mehr Werbung dafür geben. Anderenfalls sieht er die schnelle Einsparung gefährdet.

Herr Dobnik berichtet, dass Hersteller dieses Kraftstoffes aktuell nicht so viel herstellen können, um den gesamten Markt abzudecken. In Oberhausen genutzter Treibstoff fehlt an anderer Stelle. Insgesamt gesehen ist eine CO₂-Einsparung damit nicht erreicht.

Laut Herrn Rudi wird HVO auch weiter ein knappes Gut bleiben. Er unterstützt zudem die Aussage des Herrn Dobnik. Dabei stützt er sich auf die Aussagen des Institutes für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH und des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Der Kraftstoff soll hiernach nur eingesetzt werden, wo die Nutzung von Elektrofahrzeugen nicht möglich ist.

Herr Flore stimmt Herrn Rudis Ausführungen zu. Er führt allerdings an, dass es sich hier um große und schwere Fahrzeuge handelt, die durch die Batterien noch schwerer würden. In Bezug auf den HVO-Kraftstoff ist er der Meinung, dass Nachfrage das Angebot erhöht. Er betont das Lob für die schnelle Reaktion und kostengünstige Ermöglichung durch die Feuerwehr.

Herr Lütte ist irritiert über die Aussage des Herrn Rudi. Laut der Partei, der er angehört, sollte CO₂ möglichst schnell reduziert werden. Dies geschieht nun. Herr Lütte räumt ein, dass der Kraftstoff nicht in größerem Umfang zur Verfügung steht. Dennoch sollte nun begonnen werden. Als Alternative, führt er aus, wäre eine Abschaffung aller Dieselfahrzeuge und Ersatz durch Elektrofahrzeuge. Fraglich wäre für ihn die Finanzierung. Im Fazit ist das geringe Angebot für ihn nicht ausschlaggebend für eine Nichtnutzung des vorhandenen Angebotes.

Herr Lütte entnimmt der Vorlage, dass auch die übrigen städtischen Fahrzeuge diesen Kraftstoff evtl. tanken sollen. Fraglich ist für ihn, ob es hierzu genügend Treibstoff gibt.

Herr Rudi stimmt zu, dass es sich bei der Feuerwehr um große Fahrzeuge mit hohem Gewicht handelt. Hier sieht er die Schwierigkeiten der Elektrifizierung ebenfalls. Herrn Flore antwortet er auf die Aussage, dass die Nachfrage das Angebot steigern kann. Herr Rudi stützt sich auf eine gelesene Studie, die ein hohes Betrugsrisiko bei der Herstellung von HVO-Kraftstoffen hervorhebt. Momentan dürfen nur Abfallprodukte für den auf Pflanzenöl basierenden Kraftstoff genutzt werden. Ab einer bestimmten Menge könnte es profitabler sein, frisches Palmöl als Überproduktion zu deklarieren und als Abfallprodukt zur HVO-Produktion zu vermarkten. Eine CO₂-Einsparung wäre mit diesem Vorgehen hinfällig.

Die Allgemeinheit des Umweltausschusses ist der Meinung, dass illegales Verhalten Dritter und Vierter nicht im Einflussbereich der lokal, in der vorliegenden Fragestellung Entscheidenden liegt.

Herr Jehn bekräftigt, dass die Nutzung von Elektrofahrzeugen bei der Feuerwehr nicht in jedem Fall möglich ist. Er erinnert daran, dass verschiedene Einsätze der Vergangenheit nicht mit rein elektrischen Fahrzeugen in dieser Weise umsetzbar gewesen. Elektrische Fahrzeuge werden an allen Stellen eingesetzt, an denen es möglich ist. Dort, wo es nicht möglich ist, wurde beschlossen den HVO-treibstoff zu nutzen. Hierfür gibt es eine eigene Tankstelle der Feuerwehr.

Herr Brandenburg ergänzt, dass das Volumen des für städtische Fahrzeuge benötigten Treibstoffes bei lediglich einigen hundert Litern monatlich liegt.

Herr Ingendoh fragt, ob der Treibstoff auch für die Müllfahrzeuge der WBO genutzt wird.

Der Vorsitzende bejaht dies entsprechend seinem aktuellen Kenntnisstand.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5598 zur Kenntnis.

6 2. Änderungssatzung zur Rettungsdienstsatzung vom 23.06.2015. B/17/5535

Herr Jehn beschreibt die, im Vergleich zur Satzung von 2015, gestiegenen Gebührensteigerungen. In den Jahren ab 2015 war nicht in jedem Jahr eine Kostensteigerung nachweisbar. Zukünftig sollen diese Prüfungen regelmäßiger erfolgen.

Aktuell ist der Oberhausener Gebührensatz der geringste der gesamten Region. Diese Gebühren werden jährlich mit den Krankenkassen abgestimmt. Dies ist auch in diesem Jahr erfolgt.

Im Jahr 2022 gab es erstmals über 50.000 Einsatzfahrten des Oberhausener Rettungsdienstes. Auch wenn diese Schwelle im Jahr 2023 knapp unterschritten wurde, ist für das aktuelle Kalenderjahr 2024 anzunehmen, dass dieser Wert wieder erreicht wird. Nicht mit eingerechnet sind hier die Einsatzfahrten der KTWs. Folgend muss der Fuhrpark erweitert werden.

Herr Jehn weist außerdem auf die großen Preissteigerungen für die Neubeschaffung von Einsatzfahrzeugen hin, die bereits in vergangenen Sitzungen des Umweltausschusses thematisiert wurden.

Nach Verhandlungen mit den Krankenkassen konnten nun die vorliegenden Kalkulationen vorgelegt werden.

Herr Flore unterstützt den Sachverhalt und Herrn Jehns Ausführungen. Die Leistungsträger, in Form der zahlenden Krankenkassen und Unfallversicherungen, stimmen zu. Dort werden sehr genaue Prüfungen durchgeführt. Die SPD stimmt trotz des großen Unterschiedes zu. Dieser lässt sich lt. Herrn Flore eindeutig nachvollziehen.

Herr Bande dankt Herrn Jehn für die Erläuterungen. Auch die CDU empfindet die Gebührenerhöhung als nachvollziehbar.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/5535 einstimmig positiv vor.

**7 Fortführung der mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Bürger-Energieberatung der Verbraucherzentrale in Oberhausen durch städtischen Eigenanteil
B/17/5662**

Herr Flore bekräftigt nochmals, dass Bürger/innen die Beratung benötigen und hofft, dass sie auch weiterhin genutzt wird.

Herr Schenk erkundigt sich, ob es eine Auswertung darüber gibt, wie viele finanziellen Mittel im privaten Sektor investiert werden.

Herr Werntgen – Orman gibt an, dass diese Zahlen in regelmäßigen Abständen über diese Beratungen berichtet werden. Im nächsten Frühjahr erfolgt die nächste Übersicht.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/5662 einstimmig, gegen die Enthaltung der AfD, positiv vor.

**8 Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zum aktuellen Zustand des Ruhrdeichs sowie zu geplanten Maßnahmen, um die Sicherheit und Schutzfunktion des Bauwerks zu gewährleisten.
A/17/5693**

Herr Schulze hält einen Vortrag mittels PDF-Datei.

Der Vorsitzende dankt für den Vortrag.

Herr Flore berichtet, dass den Anwohnenden den Feuerwehreinsatz mit überörtlicher Hilfe nach wie vor präsent ist und sie sich auch deshalb weiterhin sorgen. Er erkennt den Deichverteidigungsweg als entscheidendes Element. Der ursächliche Schaden vor dem letzten Großeinsatz war auf grasende Kühe zurückzuführen. Dieses Problem wird durch den geplanten Zaun zukünftig verhindert.

Herr Flore vermutet, dass den Anwohnenden Sorgen genommen werden können, wenn der ungefähre Zeitplan veröffentlicht werden kann.

Herr Schulz gibt an, dass der entsprechende Antrag im Oktober dieses Jahres eingereicht und mit einer dortigen Bearbeitungszeit von ein bis zwei Monaten gerechnet wird.

Herr Dr. Palotz ergänzt, dass grundsätzlich eine Bearbeitungszeit von etwa 14 Tagen angegeben wurde. Auch deshalb rechnet er noch in diesem Jahr mit der Umsetzung.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/5693 zur Kenntnis.

**9 Antrag der Die Linke. Liste Fraktion im Rat gem. § 4 der
Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: StVO-Novelle nutzen. Verkehrswende
voranbringen**

TOP 9 wird gemeinsam mit TOP 9.1 behandelt.

**9.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Die Linke. Liste Frakti-
on im Rat gem. § 4 der
Geschäftsordnung für den Rat der Stadt hier: StVO-Novelle nutzen. Verkehrswende
voranbringen
Antrag zur Vorlage A/17/5624**

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte Ö9 und Ö9.1 gemeinsam auf und beabsichtigt anschließend die einzelne Abstimmung.

Herr Rudi erinnert daran, dass das Thema bereits in der Vergangenheit beraten wurde. Er bevorzugt eine baldige Umsetzung. Hierbei sollen zeitnah mehr 30er-Zonen und Fußgängerüberwege entstehen.

Herr Flore gibt an, dass die SPD den Ursprungsantrag in seiner jetzigen Form ablehnt und bittet um Zustimmung bei der Änderung.

Herr Dobnik versichert seine grundsätzliche Zustimmung zum Antrag der Linke.Liste. Er kritisiert, dass die SPD zwei Punkte streichen möchte, die aus seiner Sicht allerdings ebenfalls wichtig sind. Die Grünen werden dem Ursprungsantrag zustimmen und sich bei dem Änderungsantrag enthalten.

Herr Schenk gibt an, dass die FDP keiner weiteren Einschränkung der Oberhausener Verkehrsteilnehmer zustimmen möchte und den Antrag aus diesem Grund ablehnen wird.

Herr Rudi bedauert, dass die Punkte zwei und vier gestrichen wurden. Er hebt hervor, dass Punkt zwei als Prüfauftrag formuliert war und bietet der SPD ein klärendes Gespräch in Bezug auf Punkt 4 an. Dieser könnte ebenfalls als Prüfauftrag formuliert werden. In diesem Fall bittet er darum, die Punkte nicht zu streichen, sondern zunächst die entsprechenden Prüfungsergebnisse zu erwarten.

Der Vorsitzende fragt Herrn Rudi, ob er einen Änderungsantrag einbringen möchte.

Herr Rudi verneint dies und bittet darum, den Tagesordnungspunkt Ö9.1 ohne Votum vor zu beraten.

Herr Flore erkundigt sich informativ mit Blick auf die aktuelle Situation der Partei Die Grünen, nach dem beabsichtigten Abstimmungsverhalten ebendieser Partei. Für ihn ist fraglich, ob

das Abstimmungsverhalten im Rat der Stadt das selbe sein wird, wie im Umwelt- und / oder Mobilitätsausschuss.

Herr Axt erklärt, dass der Austritt aus der Ratsfraktion nicht die grundsätzlichen Ansichten der Partei verändert.

Herr Bandel bittet darum, beide Tagesordnungspunkte ohne Votum vor zu beraten.
Der Umweltausschuss berät die Drucksachen A/17/5624 und A/17/5624-01 ohne Votum vor.

Ein Nichtöffentlicher Teil ist nicht vorgesehen. Die 25. Sitzung des Umweltausschusses am 11.09.2024 endet um 16:58 Uhr.



Schröder-Tebbe
Vorsitzender



van Wessel-Gnoß
Schriftführer